

Netzwerk Friedenssteuer

NACHRICHTEN

N R . 3

Informationsbüro
NETZWERK FRIEDENSSTEUER
Werwolf 57a
5650 Solingen 1

Tel. 0212-207700/591648

HERBST 1991

LANG IST ES HER...

seit wir etwas von uns haben hören lassen. Die NACHRICHTEN Nr. 2 sind im Juni verschickt worden. Darin haben wir als Nr. 3 ein Leporello angekündigt. Auf Grund der Sommerurlaubszeit, der Ereignisse in der Sowjetunion, in Jugoslawien usw. haben wir trotz zweier Anläufe kein inhaltliches Konzept geschafft, das uns selbst überzeugt. Das Hauptproblem ist für uns: wo steht das allgemeine politische Bewußtsein?? Welche Worte drücken aus, was viele von uns jetzt denken?? Wir haben uns deshalb entschlossen, die Nr.3 als NACHRICHTEN an die ca. 300 Adressen zu verschicken - und die Nr. 4 im Winter auch. Wer das Leporello schon bestellt hatte: Wir bemühen uns, zum Jahrestag des Golfkrieges fertig zu sein. (Wer damit nicht einverstanden ist, teile uns das bitte mit.)

KLEIN, ABER INTENSIV

war unser Kontaktersonentreffen am 21. und 22. September 1991. Wir halten es für dringend nötig, unsere Arbeit zu regionalisieren (s. Vorschlag für eine Arbeitsstruktur), aber auch, daß die inhaltliche Diskussion weitergeführt wird und daß wir unseren Standort in der Friedensbewegung offensiv bestimmen. Das bedeutet, daß wir uns an der Entwicklung übergreifender und weiterführender Aktionsformen beteiligen wollen, in denen zwar die Steuerungsverweigerung ihren Platz haben soll, der Grund unsere (Mit-)wirkens soll aber nicht vorrangig in der "Etablierung" der Idee des Steuerboykotts liegen.

Vorschlag für eine

ARBEITSSTRUKTUR DES NETZWERKS FRIEDENSSTEUER

1. Örtliche Friedenssteuerinitiativen / Arbeitskreise zum Kriegssteuerboykott

Eine aktive Friedenssteuergruppe sollte sich mindestens einmal im Vierteljahr speziell zum Thema treffen und die NACHRICHTEN des Netzwerks Friedenssteuer beziehen. Sie sollte sich ferner bemühen, lokale Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und KriegssteuererweigererInnen konkret zu unterstützen. Miteinander verbunden sind die einzelnen Gruppen durch Kontaktpersonen. Kontaktperson kann auch sein, wer keine Gruppe vertritt, aber bereit ist, seine/ihre Adresse bekanntzugeben und ggf. eine Gruppenarbeit aufzubauen.

2. Regionalversammlungen

finden im Frühjahr und Herbst parallel in den Regionen Nord, Süd, Ost, West und Mitte statt. Sie dienen dem Erfahrungsaustausch der Kontaktpersonen und der Diskussion der gemeinsamen Arbeit des Netzwerkes. Bei Bedarf werden hier Entscheidungen für die Region (möglichst einmütig) gefällt und Voten für bundesweite Entscheidungen abgegeben. Bei der Frühjahrsversammlung werden je zwei SprecherInnen gewählt, die eine regionale Informationsstelle und die nächsten beiden Regionalversammlungen organisieren.

3. Arbeitsschwerpunkte

Zu wichtigen Arbeitsgebieten werden (bundesweite) Arbeitsgruppen gebildet, die ihre Ergebnisse regelmäßig zu den Regionalversammlungen vorstellen/ vorlegen, auf denen sie dann auch kritisch diskutiert werden können. Was auf den Regionalversammlungen akzeptiert wurde, gilt als Allgemeingut des Netzwerkes. Anderes sollte nur unter dem Namen des Arbeitsschwerpunkts veröffentlicht werden.

Denkbare Arbeitsschwerpunkte sind:

- Öffentlichkeitsarbeit zur Stärkung der Basis (Aktion "Kein Geld für Krieg")
- Recht und Gesetz/Gerichte und Lobby (Gesetzesinitiative)
- Umgang mit Arbeitgebern/Kirche (Aktion "Steuern zu Pflugscharen")

4. Jahrestagungen

werden z.B. aus den Arbeitsschwerpunkten heraus inhaltlich vorbereitet und von einer Regionalstelle organisiert.

5. Netzwerkrat

Die SprecherInnen und je ein/e VertreterIn der Arbeitsschwerpunkte treffen sich zwischen den Regionalversammlungen. Der Netzwerkrat koordiniert die Arbeit, gibt die NACHRICHTEN und ein "Jahrbuch" heraus und organisiert eine zentrale Versand- und (eine zentrale) Dokumentationsstelle.

6. Finanzen

Die örtlichen Friedenssteuerinitiativen finanzieren sich selbst. Die Regionalarbeit wird durch Teilnehmerbeiträge und Spenden finanziert, sie übernehmen bei Bedarf auch die

Auslagen der SprecherInnen. Die Arbeitsschwerpunkte finanzieren sich und die Auslagen ihrer VertreterInnen auch selbst. Die Sachkosten der Koordinationsarbeit werden durch Materialverkauf und Unterstützungspreis für die NACHRICHTEN gedeckt, Kosten für den Aufbau des Netzwerkes und ggf. Personalkosten durch den Netzwerk-Friedenssteuer-Aufbaufonds.

Kontaktpersonentreffen
in Solingen, den
22.9.91

"STEUERKONVERSION

von der Rüstungs- zur Friedens- und Umweltsteuer. Appell zur Teilnahme an einer Aktion

Was eigentlich muß sich noch alles verändern, welche Katastrophen müssen uns noch erschüttern, bis die Freunde und Förderer des Militärs, die "Bellisten", lernen sinnvoll zu reagieren?!

Daß sich die NATO nach Auflösung des Warschauer Pakts und fast aller kommunistischen Systeme selbst reanimiert und mit immer neuen Superwaffen und schnellen Eingreiftrup-

pen eine militärische Kontrolle der sog. Weltordnung anstrebt, ist ein politischer Skandal. Die Billionengelder und die Ressourcenvernichtung für militärische Zwecke blockieren Überlebensnotwendige Investitionen für Natur und Menschenrechte.

Nach unserem GG sind wir eine wehrhafte Demokratie. Aber weil Militär in der heutigen Weltituation weit mehr zerstört, als den Gefahren für Leben und Gleichgewicht in der Natur wehrt, sind wir verpflichtet, die Ausgaben für Rüstung in solche für die Erhaltung der Lebensgrundlagen umzuschichten:

Steuerkonversion von der Rüstungs- zur Friedens- und Umweltsteuer. So können wir einen "Verteidigungshaushalt" in einem ganz neuen, zukunftsichernden Sinn unterstützen. Prävention ist außerdem humaner und finanzierbarer als Reparationsversuche.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, den Verteidigungshaushalt und die versteckten weiteren militärischen Ausgabenposten jährlich um 20% abzubauen.

52,6 Milliarden DM verzeichnet der offizielle

Einzelplan EP14. Hinzu kommen rund 23 Mrd. DM für weiteren militärisch abhängige Kosten wie NATO-Hilfe, WEU-Beitrag, Golfkriegskosten, die im EP-60 nur mit 11,3 Mrd. DM angegeben sind (wo werden die restlichen ca. 6 Mrd. versteckt von den bisher an die USA gezahlten 17-18 Mrd. DM? <Und was ist mit dem Dollarkursanstieg?, Anm. der Red>), Zivilverteidigung u.a. in den EP-05, 15, 33, 35, und 60.

Am Bundeshaushalt 1991 von rund 400 Mrd. DM haben die militärischen Ausgaben von ca. 75 Mrd. DM (bis 82 Mrd. DM - vgl. Golfkriegskosten!) also einen Anteil von mind. 19%. Zur Förderung des notwendigen politischen Wandlungsprozesses ziehen wir 20 % von der Einkommensteuer ab und überweisen den Betrag auf das unten angegebene Rechtsanwalts-Anderkonto.

Wir fordern von der Bundesregierung die alternative Steuer Verwendung (analog der Kriegsdienstverweigerung) über einen neu einzurichtenden Posten für zivile Friedenssicherung, Umweltschutz sowie einen globalen sozialen Gerechtigkeitsfonds anstelle der al-

ten gescheiterten Entwicklungshilfe. Eine Koordinierung mit der UNO bietet sich an. Hierfür stünden unsere auf das Sperrkonto gezahlten Steuergelder sofort bereit...

Sicher werden Unbequemlichkeiten auf Sie zukommen, die aber angesichts der Zukunftsfahren minimal sind: Nach Mahnungen erscheint 4-8 Wochen später ein Pfändungsbeamter an Ihrem Arbeitsplatz, dem Sie dann den vorbereiteten Scheck über den Differenzbetrag plus Verzugszinsen von 1% des zurückgehaltenen Betrags pro Monat übergeben..."

Regionalgruppe der IPPNW Hamburg-Nord, c/o Dr. med. Manfred Lotze, Herthastr. 12, 2000 Hamburg 71

AUFRUF ZUR KRIEGS- STEUERVERWEIGERUNG

Seit 1. Juli dieses Jahres müssen wir alle zur Lohn- bzw. Einkommensteuer einen "Solidaritätszuschlag" von 7,5% bezahlen. Inzwischen wird nicht mehr so deutlich gesagt, womit wir uns dabei solidarisieren. Aber es gibt eindeutige Aussagen des Finanzministers

und auch des Bundeskanzlers, daß dieser "Solidaritätszuschlag" zur Finanzierung des Golfkrieges (also nicht bzw. nicht nur zugunsten der neuen Bundesländer) erhoben wird...

Wer den Golfkrieg verwerflich bzw. unnötig fand und sich damit nicht solidarisieren möchte, kann also... Einspruch einlegen. Er kann auch die Bezahlen des Zuschlags durch einen kleinen Akt von zivilem Ungehorsam unterlassen...

Wer Einzelheiten wissen möchte oder sich für die juristischen Argumente interessiert, kann gerne von mir Näheres erfahren bzw. die Begründung meiner Klage erhalten. (Tel. 07473-1629)

Dr. theol. Erich Schneider, Mössingen

ERINNERN SIE SICH? ERINNERST DU DICH?
WURDEST DU SCHON?
WÜBTEN SIE SCHON?

Zitate:

30.1.91: 5. Sitzung des Deutschen Bundestages; Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung:

"...Unsere Partner und Verbündeten können die Bürde der Verteidigung von Recht und Freiheit

am Golf nicht allein tragen. Sie können weiterhin mit unserer Unterstützung rechnen..."
"...Die mit alledem verbundenen Belastungen die jetzt neu auf uns zukommen, gehen weit über den bisherigen Finanzrahmen hinaus. Deshalb sind Einnahmeverbesserungen unumgänglich. Die Bundesregierung wird entsprechende Vorschläge, auch für notwendige Steuererhöhungen, vorlegen..."

4.2.91: 5. Konferenz mit Wirtschaft und Gewerkschaften im Bundeskanzleramt

Bundeskanzler Kohl: "...Streitkräfte aus 28 Staaten, allen voran die Vereinigten Staaten von Amerika, kämpfen am Golf für die Durchsetzung des Willens der Völkergemeinschaft, für Recht und Freiheit, für die Befreiung Kuwaits ... Solidarität im Bündnis gehört ebenso dazu wie unsere Beteiligung an den finanziellen Lasten... Die Gesamtheit dieser internationalen Belastungen geht über den bisher absehbaren Finanzrahmen hinaus. Deshalb sind über die Notwendigkeit von Einsparungen und Subventionakürzungen hinaus auch Einnahmeverbesserungen beim Bund unerlässlich.

Wie bereits angekündigt, werden wir entsprechende Vorschläge für notwendige Steuererhöhungen sehr sorgsam erwägen und dann der öffentlichen Diskussion vorlegen..."

21.2.91: 9. Sitzung des Deutschen Bundestages; Bundesfinanzminister Waigel: "...Jedermann muß wissen, daß wir unsere internationalen Verpflichtungen nur erfüllen können und uns damit treu bleiben, wenn wir dafür den Kapitalmarkt nicht weiter in Anspruch nehmen. Für diesen Zweck ist eine stärkere Erhöhung der Steuern unumgänglich..."

28.2.91: ZDF-Sendung "Was nun, Herr Kohl?"

Bundeskanzler Kohl: "...Ich muß Ihnen noch einmal sagen, ich war vor einem Jahr wirklich der Meinung..., daß wir im Blick auf das, was wir in Deutschland zu leisten haben, eine Steuererhöhung nicht brauchen. ...fast die ganze Summe, das muß ich noch einmal sagen, die wir jetzt mit Steuermehreinnahmen einnehmen in diesem Jahr, geht doch in die Leistungen, die wir für den Golf zu leisten haben. 15 Mrd. von etwa 18 Mrd., die die Steuererhöhungen 1991

einbringen, zahlen wir doch für den Golf...

28.2.91: Bundespressekonferenz, Bonn:
Bundeskanzler Kohl:
"...Lassen Sie mich noch ein Wort zu den beschlossenen Steuererhöhungen hinzufügen:
...Ich nenne erstens den Golfkrieg. Hierfür sind 1990 und im 1. Quartal 1991 insgesamt rund 15 Mrd. DM aufzubringen. Die Bundesrepublik Deutschland hat aus den bekannten Gründen keine deutschen Soldaten an den Golf gesandt. Um so selbstverständlicher ist es, daß das wirtschaftlich starke Deutschland diesen finanziellen Solidaritätsbeitrag leistet. Diese 15 Mrd. DM, die wir im Zusammenhang mit dem Golfkrieg zu leisten haben, stehen jetzt für andere Aufgaben nicht zu Verfügung..."

12.3.91: 13. Sitzung des Deutschen Bundestages;
Bundesfinanzminister Waigel: "...Noch Anfang Januar 1991, bei der Vorbereitung des Kabinetentwurf, standen Steuererhöhungen nicht auf der Tagesordnung. Bis zum Ausbruch des Golfkrieges habe ich niemandem den Auftrag gegeben, Steuererhöhungsoptionen zu erar-

beiten. Wenn die Ausgaben für den Golfkrieg nicht auf uns zugekommen wären, hätten wir im Jahre 1991 die Steuer nicht erhöht. Das ist die Wahrheit!
...Wir hatten im letzten Jahr den Vereinigten Staaten und anderen beteiligten Ländern bereits über 5 Mrd. DM zur Unterstützung im Golfkrieg zugesagt. Nach Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzungen haben wir in diesem Jahr noch einmal 11,3 Milliarden zur Verfügung gestellt. Die Summe aus Golfhilfe und den Zahlungen an die osteuropäischen Staaten beläuft sich in diesem Jahr auf 17,7 Mrd. DM. Das entspricht genau den zusätzlich Steuereinnahmen, die wir auf Grundlage der jüngsten Beschlüsse 1991 erzielen werden. ...Der Golfbeitrag, der von der zeitlichen Reihenfolge her zuerst haushaltswirksam wurde und etatisiert werden mußte, hat den eigentlichen für Wiedervereinigungsaufgaben vorgesehenen Spielraum belegt. die haushaltstechnische Behandlung ändert nichts an der Notwendigkeit, für die zusätzlichen Aufgaben einen Ausgleich zu schaffen..."

FROH ZU SEIN...

Münster: "Die Beschäftigten im "cuba" (Alternativkulturverein) können froh sein über ihren Arbeitgeber, der mit ihnen Lohnsteuer in Höhe von 4000 DM für Kriegszwecke verweigert hat. Im kirchlichen Bereich etwa protestieren 1000 Beschäftigte gegen die Verwendung ihrer Lohnsteuern für Kriegszwecke, ohne Unterstützung ihrer Kirchengemeinden. Der seit Juli zu zahlenden Solidaritätsbeitrag auf die Lohnsteuer kann als Solidaritätsbeitrag für die USA verstanden werden, er soll etwa 20 Milliarden DM einbringen - soviel, wie nach Dollarkursanstieg die deutschen Versprechungen und Zahlungen für den Golfkrieg betragen... Seit der Einführung des Solidaritätsbeitrags sind vermehrt Kirchenaustritte zu beobachten. Die Leute wollen an der Kirche sparen, was der Staat für den Krieg ausgibt. Da ist die Vorgehensweise des cuba und seiner Angestellten doch sympathischer..."

Arnold Voskamp in der Münsterschen Zeitung am 27.8.91

"STEUERN ZU PFLUGSCHAREN"

Die ökumenische Aktion beging den ersten gesamtdeutschen Tag der Einheit gemeinsam in Hagen, indem sie ihr erstes gesamtdeutsche Treffen beging. Die Anwesenden berieten u.a. weitere Schritte bezüglich ihrer kirchlichen Arbeitgeber. Sie schienen bereit zu sein, sich auf einen längeren Weg zum Erfolg einzustellen. Dabei war noch nicht klar, welche Ziele angestrebt werden sollen. Die Erreichung der "Gewissensfreiheit" bei der Steuerzahlung für einige Wenige wurde als unbefriedigend angesehen - gleichwohl sie auf dem direkten Weg kaum erreichbar scheint.

Das Zusammenwirken mit außerkirchlichen Ansätzen wurde als wichtig angesehen. Berührungspunkte gibt es nicht. Deshalb wurde der Vorschlag für eine Arbeitsstruktur des Netzwerkes Friedenssteuer auch positiv aufgegriffen. Man/frau war bereit, sich beim Aufbau des Netzwerkes zu engagieren, soweit die sonstige Arbeitsbelastung das zuläßt. Da einige sich weiterhin ganz auf den Arbeitsschwerpunkt der Aktion "Steuern zu Pflugscharen" konzen-

trieren werden, ist eine "Verdünnung" dieser Arbeit nicht zu befürchten. Zunächst bleibt der ausführliche Rundbrief der Aktion trotz finanzieller Schwierigkeiten bestehen. Auf wichtige Ereignisse und Texte wird in den NACHRICHTEN kurz hingewiesen. Wir planen Rubriken zu den einzelnen Arbeitsschwerpunkten.

MIT DER VERSCHMELZUNG

der Kontaktpersonenlisten des Netzwerkes Friedenssteuer und "Steuern zu Pflugscharen" erhalten ab sofort alle Kontaktpersonen die NACHRICHTEN, egal ob sie sie bestellt haben oder nicht.

Wer sich darüber freut und noch nicht bestellt hat, darf uns gerne noch nachträglich die 10 DM (für 3 Nummern) schicken. Wer sich über die Papierverschwendung ärgert, sollte uns dies mitteilen, auch wer nicht mehr Kontaktperson sein will.

Überhaupt: ein Lebenszeichen von der einen oder dem anderen tut gut!

Herzliche Friedensgrüße bis zu den nächsten NACHRICHTEN im Winter

Klaus Hecker und
Reihard Egel

TERMINE

29.11.-1.12.91 Bundestreffen der Friedenssteuerinitiative in Bielefeld, Einladungen anfordern bei: Wolfgang Krauß, Hauptstr. 86, 6919 Bammental

16./17.1.92 Jahrestag Golfkrieg

22.-23.2.92 Theologisches Seminar zur Steuererweigerung, ökumenische Werkstatt, Wuppertal, Einladung anfordern bei: "Steuern zu Pflugscharen", Martin Arnold, Neißestr. 4, 4300 Essen 1

7.3.92: (geplante) 1.Regionalversammlungen des Netzwerk Friedenssteuer (Region West in Leverkusen, Region Nord:Oldenburg/Hamburg?, Ost:Berlin?, Mitte:Göttingen?, Süd-West:Pforzheim?, Süd-Ost:Landshut?)